



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

B/A/95 - 23.4.1955

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 039 890

Sicherheit und deutsche Einheit (VI und Schluß)	S. 1
Das Werben um die britischen Wähler	S. 3
Durchsichtiges Manöver der SED	S. 5
Die Vorgänge bei Mannesmann	S. 7

Das Leben schützen

Von Fritz Erler, M.d.B.

Militärische Anstrengungen geben in der Gegenwart nur die Illusion der Sicherheit. Wirkliche Sicherheit vermag nur die Politik zu schaffen. Leider schützt dieser Grundsatz uns Deutsche nicht davor, dass andere ihre Konflikte auf unserem Boden austragen. Niemand ist dagegen gefeit, vom Nachbarland zum Schauplatz kriegerischer Auseinandersetzungen gemacht zu werden, solange nicht eine wirksame internationale Friedensordnung und Friedenssicherung geschaffen ist.

Deutschland ist besetzt. Schon daraus ergibt sich, dass es in die Konflikte der vier Besatzungsmächte, die sie auch anderswo miteinander austragen, hineingezogen werden kann. Die Bundesregierung hat sich zur Wiederbewaffnung der Bundesrepublik entschlossen. Sie ist also der Meinung, dass militärische Konflikte in absehbarer Zukunft nicht völlig ausgeschlossen sind. Dann muß aber den Vorrang vor der Aufstellung von Streitkräften der Schutz der zivilen Bevölkerung dieses Landes haben. Was haben Streitkräfte für einen Sinn, wenn vielleicht an den Grenzen oder anderswo gekämpft, aber die Bevölkerung ausgerottet wird!

Die Sozialdemokratische Partei hat schon bei den Haushaltsberatungen gefordert, von dem vorgesehenen Verteidigungsbeitrag in Höhe von neun Mrd. DM zunächst einmal eine Mrd. für die notwendigsten

Maßnahmen auf dem Gebiet des Schutzes der Zivilbevölkerung zu verwenden. Viele halten derartige Maßnahmen im Zeitalter des Atomkrieges für sinnlos. Sie sind es nicht. Leider sind sie nicht einmal entbehrlich, solange nicht die Kriegsgefahr mit politischen Mitteln überhaupt gebannt ist. Niemand aber vermag heute zu sagen, ob nicht das Vorhandensein der Atomwaffen auf beiden Seiten dazu führt, dass man sich in etwaigen kommenden Konflikten wiederum mit den klassischen Waffen bekämpft. Das wäre schlimm genug, denn wir wissen, welche Verluste gerade unsere Zivilbevölkerung im zweiten Weltkrieg durch jene Waffen erlitten hat, die es schon vor dem Atomzeitalter gab. Niemand kann die Verantwortung dafür übernehmen, Tausende oder Zehntausende von Menschen unter der Einwirkung sogenannter klassischer Waffen zugrunde gehen zu lassen, weil er der Meinung war, gegen Atomwaffen gäbe es keinen Schutz.

Schon die Versuche der anderen, auf die wir Deutschen gar keinen Einfluß haben, sind schlimm genug. Der Atomstaub in Colorado hat amerikanische Wissenschaftler zu Alarmrufen veranlasst, und das Schicksal der japanischen Fischer ist noch in aller Mund. Wir müssen unsere Atmosphäre daraufhin überwachen, ob sie so verseucht wird, dass zum Beispiel bei Regenfällen bestimmte Schutzmaßnahmen nötig würden. Wir müssen uns auch um die eingeführten Lebensmittel kümmern. Es gilt, die Bemühungen des Roten Kreuzes im Zusammenhang mit den Konventionen von 1949 zu unterstützen, die ja die Bundesrepublik (übrigens auch die Sowjetunion) ratifiziert hat. Soll es wieder dahin kommen, dass man nicht einmal den Versuch unternimmt, bestimmte Schutzgebiete für die Bevölkerung zu schaffen? Soll es wieder dahin kommen, dass man Tausende von Kinderschicksalen nicht aufklären und die Kinder ihrer Eltern nicht wieder zuführen kann? Sollten wir uns nicht darum kümmern, welche Möglichkeiten des Schutzes selbst für den Fall eines Atombombenwurfes es für alle diejenigen Menschen gibt, die sich nicht unmittelbar am Explosionsort befinden? Es gilt, bauliche Vorkehrungen zu treffen; es gilt, Ärzte und Wissenschaftler mit allen diesen Fragen vertraut zu machen, damit sie der Bevölkerung sagen können, wie man sich in solchen Fällen verhält.

Natürlich will in Deutschland niemand den Krieg und erst recht nicht den Atomkrieg. Wir können aber mit und ohne die Pariser Verträge angesichts der Spannungen unter den Anderen Schauplatz böser Ereignisse werden. Deshalb ist es die Pflicht der Bundesregierung, vor allem für den Schutz der Bevölkerung zu sorgen. Das ist eine defensive Maßnahme. Damit kann man kein anderes Volk angreifen, sondern sichert nur das Leben im eigenen Lande.* * *

23.4.1955

Butlers Wahlspeck

Labour nimmt die Herausforderung an

E.A.-London

Als Schatzkanzler Butler am vergangenen Dienstag die rotlederne Büchse der Pandora öffnete und seinen Haushaltplan für 1955/56 mitteilte, jubelten die konservativen Abgeordneten bei der Ankündigung der Nachlässe in der Einkommensteuer: "Der Wahlsieg ist uns nun sicher".

Der Speck, den Butler den Wahlmäusen vor die schnuppernden Nasen hielt, bestand aus beachtlichen Konzessionen. Rund 2,4 Millionen wurden durch die Erhöhung der freien Steuergrenzen einkommensteuerfrei. Der einkommensteuerfreie Satz wurde für den Verdienner um 20 Pfund, für die Ehefrau um 10 und für jedes Kind um 15 Pfund erhöht, so dass Unverheiratete mit einem Monatseinkommen bis zu 180 D-Mark und kinderlose Ehepaare mit einem Monatsverdienst bis zu 308 D-Mark steuerfrei bleiben. Für Eheleute mit Kindern liegt die steuerfreie Grenze erheblich höher, nämlich bei einem Kinde bei 400 Mark, bei zwei Kindern bei 550 Mark und bei vier Kindern bei rund 850 D-Mark Monatsverdienst.

Dazu kam die Konzession an die restlichen 15 Millionen Steuerzahler: Der Steuersatz ermäßigt sich bei der Standardstufe um 6 Pence, also von neun Schillingen auf 8 Schilling 6 Pence, und bei der untersten Steuerstufe von 2 Schillingen 6 Pence auf 2 Schilling 3 Pence, im Durchschnitt rund um 5 1/2 Prozent.

Im Vergleich zum Entgegenkommen an die Einkommensteuerzahler ist der Nachlass bei der sogenannten Kaufsteuer gering.

Labour hat die Herausforderung Butlers um die Gunst der Wählermassen mit Eifer aufgegriffen. Ein ungeschminktes Wahlbudget, das die Reichen reicher und zugleich eine Wirtschaftskrise heraufbeschwören kann, nannte Hugh Gaitskell, der frühere Labour-Schatzkanzler, das Budget. Denn mehr als 40 Prozent der 140 Millionen Pfund, die Butler durch Steuernachlässe wegschenkt, werden in die Kassen der großen Gesellschaften und Banken fließen. Der Kleinstverdiener, der schon bisher steuerfrei war, wird davon keinen Penny erhalten, ja in gewissen Fällen steht er sich schlechter als im Vorjahre. Denn von Juni an wird jeder Beschäftigte einen Schilling die Woche mehr für die Sozialversicherung

zung abführen müssen. Der konservative Schatzkanzler kann also nur deshalb 140 Millionen Pfund wegschenken, weil er zur gleichen Zeit 100 Millionen aus den Schillingen aller Versicherten, auch der Kleinverdiener, erhebt.

Ebenso ernst wie der Vorwurf der sozialen Ungerechtigkeit muß Gaitskells Anklage genommen werden, dass Butler mit dem Geschenk an die Begüterten die inflationistische Tendenz in der britischen Wirtschaft erhöhe und eine Finanzkrise heraufbeschwöre. Unter der konservativen Herrschaft hat zwar der innere Konsum sprunghaft zugenommen, aber auf Kosten der Exportentwicklung. Während unter der Labourregierung die britischen Ausfuhren jährlich im Durchschnitt um sieben Prozent zugenommen hatten, stiegen sie in den drei Jahren der Churchillregierung nur um ganze drei Prozent, also nur um ein Prozent im Jahre. Schatzkanzler Butler hatte vor einem Jahre erklärt, man müsse einen Zahlungsüberschuss von 300 Millionen Pfund im Jahre erstreben. Erzielt wurde nur ein Überschuss von 110 Millionen, und im laufenden Jahre droht der Überschuss ganz zu verschwinden und sich in ein Defizit zu verwandeln. Nach den Ziffern für Januar bis April sieht es so aus, dass ein Zahlungsdefizit von 150 Millionen Pfund entstehen und so die Stabilität der Pfundverwertung bedrohen wird.

Wenn Schatzkanzler Butler nun - so wie er es bereits getan hat - den Zinsfuß der Bank von England weiter erhöht, um die Einfuhren zu drosseln, so mag er dadurch Arbeitslosigkeit und Produktionsrückgang heraufbeschwören. Wenn er Vollbeschäftigung beibehalten will, so riskiert er eine Zahlungskrise. Wenn er aber - wie früher Labour in ähnlichen Situationen zu Kontrollen seine Zuflucht nehmen sollte, wo bliebe dann das Geschrei von der Preisetzung der Wirtschaft und der Privatinitiative, mit der die Tories die Wählermassen einzufangen suchen?

So hat Labour mit durchschlagenden Argumenten die Herausforderung des Butlerschen Wahlbudgets aufgenommen. Wie Gaitskell erklärte, werden die Parlamentswahlen am 26. Mai eine Gelegenheit bieten, die reaktionäre Toryregierung aus dem Sattel zu heben und die Ideale der Labourparty einen Schritt näher der Verwirklichung zu bringen.

In Leipzig nichts Neues

sp. "Die Aufgaben der SPD nach der Ratifizierung der Pariser Verträge" heisst eine Entschliessung, die Ulbricht dieser Tage in Leipzig von 267 (nicht etwa 268!) angeblichen Funktionären der Sozialdemokratie fassen liess. Wie die SED-Presse unter der üblichen Grossaufmachung zu berichten weiss, seien diese "267 Vertreter von Ortsvereinen, Kreisverbänden und selbst von Bezirksorganisationen" in die DDR gefahren um dort die "Aktionseinheit mit der SED" herzustellen.

Wenn bei der ganzen Angelegenheit etwas beachtlich ist, so ist es die stupide Dummheit, mit der längst abgenutzte und durchschaute Manöver bis zum Erbrechen wiederholt werden. Denn es ist noch in guter Erinnerung, wie bereits im Oktober 1954 eine solche Konferenz - ebenfalls in Leipzig, ebenfalls zusammengesetzt aus angeblichen Sozialdemokraten und ebenfalls mit dem Ziel der Aktionseinheit - stattfand, nur dass damals der Teilnehmerkreis kleiner war und 160 Personen umfasste. Der Unterschied zu damals besteht also in 107 Neuzugängen.

Das Ostbüro der SPD, dem diese Konferenz schon aus der Zeit ihrer Vorbereitung bekannt war, konnte auch diesmal den Teilnehmerkreis sehr schnell entlarven. Die angeblichen "westdeutschen Sozialdemokraten" stammten nicht einmal alle aus der Bundesrepublik, sondern waren z.T. aus den Reihen sogenannter "Westflüchtlinge" entnommen. Bei dem Rest handelte es sich um ein Gemisch von SED-Agenten aus der Bundesrepublik, die teilweise der KPD angehören, oder die wengen kommunistischer Umtriebe früher aus der SPD ausgeschlossen worden sind. Sozialdemokratische Funktionäre gab es auf der Leipziger Konferenz überhaupt nicht, nicht ein einziger war unter den 267.

Diese Tatsachen legen den Verdacht nahe, dass es sich bei der Konferenz um einen Propagandatrick handelt, der weniger auf den Westen als auf die sowjetische Zone selbst ausgerichtet war. Bekanntlich reift in der Zone neben der wirtschaftlichen auch eine politische Krise heran, die an Gefährlichkeit dem 17. Juni 1953 nichts nachgeben wird, wenngleich sich die Formen des Kampfes wesentlich geändert und es keinen Aufstand wie damals geben wird. Die politi-

sche Krise des Ulbrichtregimes zeigt sich in der SED-Niederlage bei den BGL - (Betriebsgewerkschaftsleitung)Wahlen, bei denen die SED-Kandidaten nicht einmal 50 Prozent der Positionen besetzen konnten. Sie zeigt sich ebenfalls in tumultarischen Auseinandersetzungen, die bei der Bekanntgabe neuer Normenerhöhungen, Lohnsenkungen und dergl. ausbrechen und bei denen wiederholt SED-Funktionäre aus den Belegschaftsversammlungen geprügelt wurden.

Sie zeigt sich aber besonders im passiven Widerstand der Arbeiterschaft, die eine Steigerung der Produktivität (lies: Ausbeutung!) und die KVP-Massenwerbung zum Scheitern verurteilt. Dieser Kampf der Arbeiterschaft vollzieht sich im wesentlichen unter sozialdemokratischen Losungen und empfängt von der Tätigkeit der Sozialdemokratie in der Bundesrepublik die stärksten Impulse. Indem die Ulbricht-Clique versucht, eine Aktionsseinheit zwischen SED und SPD vorzutäuschen, will sie die Arbeiterschaft der Zone verwirren, ihr die Orientierung nehmen und so dem Widerstand Hoffnung und Ziele rauben. Darin liegt die eigentliche Gefährlichkeit der vorgetäuschten Aktionseinheit und der "Einheitskonferenz" von Leipzig.

Trotzdem ist auch in diesem Bericht nicht zu erwarten, dass das Ulbricht'sche Propagandamanöver irgendwelchen Erfolg haben wird: die Glaubwürdigkeit der SED ist so gründlich (von ihr selbst) zerstört worden, dass kaum einer in der Zone auf den plumpen Betrug hereinfallen wird. In Übrigen jedoch lässt sich die akute wirtschaftliche und politische Krise des Regimes nicht durch Worte aus der Welt schaffen, und gerade diese offensichtliche Krise ist es, die wie ein Motor des Widerstandes wirkt.

+ + +

Mannesmann-Aufsichtsrat provoziert

Soziale Arbeitsgemeinschaften der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands protestieren gegen den Mannesmann-Aufsichtsratsbeschluss

In Bonn traten Ende der Woche führende Funktionäre der Sozialen Arbeitsgemeinschaften der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu einer Arbeitstagung zusammen. Gegenstand der Beratungen war unter anderem das provokatorische Verhalten des Aufsichtsrates der Mannesmann-Werke in Duisburg, das in der nachstehend angenommenen Entschliessung schärfste Verurteilung fand.

Entschliessung

"Der in seiner Zusammensetzung unstrittene Aufsichtsrat der Mannesmann-Werke fasste den Beschluss, den auf Vorschlag der Arbeitnehmer berufenen Arbeitsdirektor in seinem Wirkungskreis ausschließlich auf die Wahrnehmung der sozialen Belange in den Tochtergesellschaften zu beschränken. Er hat weiter entschieden, den Vorstand von drei auf neun Personen zu erhöhen und drittens, Direktor Zangen zum Vorsitzenden und Direktor Winkhaus zum stellvertretenden Vorsitzenden zu bestellen. Generaldirektor Zangen wurde außerdem noch mit besonderen Vollmachten ausgestattet. Mit dieser Entscheidung ist die ausdrücklich zwischen der Mannesmann-Verwaltung und den Gewerkschaften abgeschlossene Vereinbarung über die völlige Gleichberechtigung des Arbeitsdirektors im Vorstand der Gesellschaft eindeutig gebrochen worden.

Dieses willkürliche Verhalten des Aufsichtsrates der Mannesmann-Werke hat unter der Belegschaft große Unruhe und Empörung ausgelöst. Die Belegschaftsmitglieder sehen in diesem Verhalten einen offenen Angriff auf die ihnen durch Vereinbarung zugesicherte Mitbestimmung und eine bewusste Einflußnahme auf die im Bundesparlament anstehende Entscheidung über das Mitbestimmungsgesetz der Obergesellschaften.

Die in der Sozialen Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossenen sozialdemokratischen Gewerkschaftler richten an die Industriegewerkschaft Metall die Bitte, alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, die geeignet sind, diesen Anschlag reaktionärer Kräfte auf die den Belegschaften zugesicherten Rechte abzuwehren. Sie appellieren aber auch an alle Arbeiter und Angestellten der Mannesmann-Werke, bereit zu sein, Kampfmaßnahmen zu unterstützen, falls solche von ihrer Gewerkschaft für erforderlich gehalten werden sollten."

* * *
Verantwortlich: Peter Raunau